



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 18. Dezember 2024

GKKE-Rüstungsexportbericht 2024

Statement von Prälatin Dr. Anne Gidion

Evangelische Vorsitzende der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen Ende der Ampelregierung darf sicherlich daran erinnert werden, dass wir angesichts der Ankündigung im Koalitionsvertrag, in dieser Legislaturperiode ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen – übrigens eine alte Forderung der GKKE –, mit einer gewissen vorsichtigen Zuversicht ausgestattet waren. Davon ist leider nicht viel geblieben.

An die Stelle einer Gesetzesregelung sind vage Formulierungen getreten, die dem Ernst der zur Verhandlung stehenden Gegenstände nicht gerecht werden. Die aktuelle Praxis der Bundesregierung, Allgemeingenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern an sog. Werte- und Sicherheitspartner zu vergeben, ohne diese Bezeichnungen zu definieren, ist höchst problematisch. Die Bezeichnungen „Werte- und Sicherheitspartner“ werden im politischen Sprachgebrauch aktuell häufig verwendet, sind aber inhaltlich unspezifisch und daher nicht geeignet, verbindliche Leitlinien für Rüstungsexportentscheidungen zu bieten. Der Kreis der Länder, die als Werte- oder Sicherheitspartner diskutiert werden, weitet sich ständig aus. Zudem scheinen Regierung und Opposition hier sehr unterschiedliche Auffassungen zu haben, welche Länder als Werte- und Sicherheitspartner zu sehen sind. So werden neben Israel, Taiwan, der Ukraine oder Brasilien auch beispielsweise Indien, Armenien und gar Saudi-Arabien zuweilen als solche Partner bezeichnet. Die Rüstungsexporte drohen zunehmend zu einer geostrategischen Verfügungsmasse zu werden. Das ist ein Rückschritt.

Auch wenn es bisher nicht gelungen ist, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden, das definitorische Klarheit schaffen könnte, ist es wichtig, Standards zu setzen und Verfahrensweisen festzulegen, wann der Status als Wertepartner verliehen, wie oft dieser überprüft und wann er ggf. entzogen wird. Gleichzeitig sollte das in den Eckpunkten für ein Rüstungsexportkontrollgesetz skizzierte Mittel der Negativlisten genutzt werden, um festzulegen, welche Länder keinesfalls als solche zu verstehen sind. Dies gilt insbesondere für die sog. Sicherheitspartner. Auch für Länder, die so bezeichnet werden, sollten menschen- und völkerrechtliche Mindeststandards gelten, um zu verhindern, dass nicht definierte Sicherheitsinteressen und kurzfristige Interessenkonvergenzen zu einer weiteren Erosion der Rüstungsexportkontrolle führen.

Im Übrigen sind wir natürlich nach wie vor der Auffassung, dass wir ein starkes Rüstungsexportkontrollgesetz brauchen. Nur ein solches Gesetz könnte stabile Voraussetzungen dafür schaffen, um mit den hoch riskanten Nebenwirkungen von Rüstungsexporten verantwortlich umzugehen.

Auch auf europäischer Ebene gibt es Anlass zur Sorge. Die EU-Kommission hat ihre neue europäische Verteidigungsstrategie (EDIS) und das dazugehörige europäische Verteidigungsprogramm veröffentlicht. Beides zielt auf mehr Kooperation zwischen der Forschung und Entwicklung, der Produktion und der Beschaffung europäischer Rüstungsgüter. Die GKKE kritisiert, dass seit der „Zeitenwende“ infolge des russischen Angriffskrieges das Augenmerk der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten auf einer gemeinschaftlichen Verteidigungs- und Rüstungsindustriepolitik liegt, ohne dass mit vergleichbarer Energie eine EU-Rüstungsexportverordnung auf den Weg gebracht wird. Der Rüstungsindustrie gelingt es hingegen sehr effektiv, Einfluss auf EU-Politik und auf nationalstaatliche Politik zu nehmen. Die GKKE ist besorgt, dass dies zu stärkerem Druck auf die Bundesregierung führen wird, Rüstungsgüter aus europäischen Gemeinschaftsproduktionen auch in problematische Drittstaaten zu exportieren. Schon jetzt haben einige EU-Staaten ihre Bedenken im Blick auf Menschenrechtsverletzungen möglicher Empfängerstaaten zurückgestellt, um an Rüstungskoooperationen teilzunehmen und die Interessen der heimischen Rüstungsindustrie zu wahren. Diese Entwicklungen sind beunruhigend und auch sicherheitspolitisch genau im Blick zu behalten.
